

NIHAT ÖZTÜRK

MIGRANTISCHE KÄMPFE UND DIE ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN EINE KRITISCHE ZWISCHENBILANZ

Die Geschichte der Arbeitsmigration ist auch eine Geschichte des Kampfes um bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne – und zugleich ein Kampf um Anerkennung, gegen Dehumanisierung, Rassismus und Paternalismus.¹

In dieser Geschichte spielten die deutschen Gewerkschaften eine außerordentlich wichtige Rolle. Frei von Widersprüchen und Ambivalenzen ist die Geschichte der gewerkschaftlichen Migrationspolitik jedoch auch nicht. Diese Geschichte hatte viele Höhen und Tiefen.

Schwankend zwischen einem Bekenntnis zum traditionellen Internationalismus und den Interessen ihrer alteingesessenen Mitglieder, hatten die Gewerkschaften gut dokumentierte Vorbehalte gegen die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte.

Letztlich haben sie sich mit der Anwerbepolitik der Bundesregierung abgefunden – und gefordert, dass die Arbeitsmigrant*innen arbeits-, sozial- und tarifrechtlich gleichgestellt werden. Die relative Gleichstellung sollte verhindern, dass Arbeitsmigranten ausgebeutet und als «Lohndrücker» zur Disziplinierung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer*innen eingesetzt werden können.²

Die damaligen Befürchtungen der Gewerkschaften waren gegenstandslos. Seit Beginn der Anwerbung 1955 ist nämlich kein Fall bekannt, dass sich Arbeitsmigranten als Streikbrecher oder Lohndrücker instrumentalisierten ließen.³ Auch der zweite Vorsitzende der IG Metall, *Alois Wöhrle*, resümierte auf dem Kongress der IG Metall 1968 in Berlin, dass die «Versuche der Arbeitgeber, unsere ausländischen Kollegen auszuspielen, ... restlos gescheitert (sind)»⁴.

Im Grunde genommen war sogar das Gegenteil der Fall. Während die Arbeitsmigrant*innen die Gewerkschaften und Betriebsräte immer wieder auf unzumutbare Arbeitsbedingungen hingewiesen haben, waren es Betriebsräte und Gewerkschaften, die die Probleme von Migrant*innen ignorierten und ihre Kampfbereitschaft unterschätzten.⁵

Andererseits verzeichnen wir ab 1960 die ersten Versuche der Solidarisierung mit Arbeitsmigrant*innen und die ersten Erfolge ihrer gewerkschaftlichen Organisierung. Bemerkenswert ist, dass es insbesondere von Nazi-Regime verfolgte, internationalistische und jüdische Gewerkschafter waren, die sehr früh an der Seite der Arbeitsmigrant*innen standen und ihren Kampf um Anerkennung und Teilhabe unter-

1 Überarbeitete Fassung des Vortrages auf der Tagung «Gelingende und misslingende Solidarisierungen. 50 Jahre spontane Streiks» am 2. September 2023 in Düsseldorf, vgl. https://nrw.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/X6FIX/gelingende-und-misslingende-solidarisierungen.
2 Vgl. Heinz Harbach: *Internationale Schichtung und Arbeitsmigration*, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 184ff.; Karin Hunn: «*Nächstes Jahr kehren wir zurück...*» *Die Geschichte der türkischen ‚Gastarbeiter‘ in der Bundesrepublik*, Göttingen 2005.
3 Vgl. John Berger/Jean Mohr: *Arbeitsemigranten. Erfahrungen/Bilder/Analysen*, Reinbek bei Hamburg 1976.
4 IG Metall Protokoll 9. ordentlicher Gewerkschaftstag 1968 in München, S. 73.
5 Vgl. Bernd Jürgen Warneken: *Fraternité. Schöne Augenblicke in der europäischen Geschichte*, Wien/Köln/Weimar 2016, S. 199 ff.

stützten. Darunter befanden sich die Journalisten *Max Diamant*⁶ und *Jakob Moneta*⁷, der legendäre Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg *Willi Bleicher*⁸ – und besonders der IG Metall-Vorsitzende *Otto Brenner*, der als erster das solidarisch-kämpferische Potential der Arbeitsmigrant*innen erkannte.⁹

In der ersten Konjunkturkrise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland, in den Jahren 1966/67, erlebten die Arbeitsmigrant*innen die ersten bitteren Rückschläge in ihrem Kampf um Anerkennung. In dieser Zeit erlebten sie eine rassistische Hetzkampagne in den Medien und Versuche der Arbeitgeber, deutsche und migrantische Arbeiter*innen zu spalten.

Die migrantenfeindliche Stimmung wurde in Baden-Württemberg durch das Agieren des damaligen Personalvorstands von Daimler-Benz, *Hanns Martin Schleyer*, und der Springer-Presse sogar dermaßen angeheizt, dass es zu Konflikten zwischen deutschen und migrantischen Arbeitern kam.¹⁰

Während dieser Krise wurde auch deutlich, wie fragil die westdeutsche Demokratie war. Schließlich war es vor allem die neonazistische Partei NPD, die aus dieser Krise politisches Kapital schlagen konnte. Zwischen 1966 und 1968 zog sie in sieben Länderparlamente ein, aus denen sie bei den Folgewahlen wieder ausschied, nachdem die NPD 1969 nur knapp den Einzug in den Bundestag verpasst hatte – andernfalls hätte es einen Bundeskanzler *Willy Brandt* wohl nie gegeben.

Die politische Großwetterlage hatte auch materielle Folgen: Im Zuge dieser Krise mussten fast 400.000 ausländische Arbeiter*innen unfreiwillig Deutschland verlassen.

MIGRANTISCHE KÄMPFE UM ANERKENNUNG UND DEMOKRATISCHE TEILHABE

Trotz der eingangs erwähnten arbeits- und tarifrechtlichen Gleichstellung gab es bis weit in die 1980er Jahre – und in vielen Branchen ohne Tarifbindung und ohne starke gewerkschaftliche Strukturen auch heute noch – eine nur schwerlich zu leugnende Diskriminierung von Arbeitsmigrant*innen bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen.

Die permanente und immense Beschleunigung der Bandgeschwindigkeiten zwang die Arbeiter*innen zu einer ständig wachsenden Leistungsverdichtung, bei einer chronisch niedrigen Eingruppierung und Bezahlung.¹¹ Verschärfend kam noch hinzu, dass viele Arbeitsmigrant*innen sich über unbefriedigende Urlaubsgewährung und einen willkürlichen, teilweise offen rassistischen Umgang ihrer Vorgesetzten beklagten.¹²

Die desolaten Arbeits- und Wohnbedingungen («Gastarbeiterlager») und die Diskriminierung von Arbeitsmigrant*innen in Betrieb und Gesellschaft waren zentrale Triebfelder zahlreicher spontaner Streiks seit Beginn der 1960er Jahre.

Im Sommer 1973 gab es mehrere spontane Streiks, die maßgeblich von migrantischen Arbeiter*innen geführt wurden. Diese Streiks waren Ausdruck der Politisierung und eines gestiegenen Selbstbewusstseins der «Gastarbeiter*innen», die gehört, ernstgenommen und gleichbehandelt werden wollten – und deshalb ungewohnt politisch und kämpferisch auftraten.¹³

Für dieses Verhalten hatten viele Betriebsräte kein

6 Zum Leben und Werk von Max Diamant vgl. Johannes Platz/Antonio Munoz Sanches/Patrik von der Mühlen (Hrsg.): *Max Diamant. Sozialist, Exilant, Gewerkschafter*, Bonn 2017. Vgl. auch Reiner Tosstorf: *Sozialist und Gewerkschafter zwischen Russland, Deutschland und Mexiko. Max Diamant (1908-1992)*, in: Riccardo Altieri/Bernd Hüttner/Florian Weis (Hrsg.): «*Wenn du ausgegrenzt bist, gehst du zu anderen Ausgegrenzten*». *Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken* (Band 2), Luxemburg Beiträge Nr. 13, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2022, S. 77–81.

7 Vgl. Jakob Moneta: *Jude - Gewerkschafter – Sozialist*, labournet.tv, unter: <https://de.labournet.tv/video/5994/jakob-moneta-jude-gewerkschafter-sozialist>.

8 Unter mehreren Büchern zur Würdigung von Willi Bleichers aufrechtem Gang, seinem Kampf gegen das NS-Regime sowie für Menschenwürde und Gerechtigkeit vgl. die Festschrift «*Und wenn die Welt voll Teufel wär...*» *Willi Bleicher. Ein konsequentes Leben für Menschenwürde und Gerechtigkeit*. Ein Portrait von Rainer Fattmann, Stuttgart 2007.

9 Als kritischer und gegenüber autoritären Versuchen wachsender Gewerkschafter prägte Otto Brenner die deutsche Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit maßgeblich. Vgl. Jens Becker/Harald Jentsch: *Otto Brenner. Eine Biografie*, Frankfurt am Main/Göttingen 2007; und Rainer Kalbitz: *Die Ära Otto Brenner in der IG Metall*, Frankfurt am Main 2001. Zur Würdigung von Otto Brenner vgl. auch Oskar Negt: *Erfahrungsspuren. Eine autobiographische Zeitreise*, Göttingen 2019, S. 105.

10 Die Schlagzeile der Bild-Zeitung vom 31. März 1966 «Gastarbeiter fleißiger als deutsche Arbeiter?» löste eine Verärgerung und Arbeitsniederlegungen bei deutschen Arbeitern in den süddeutschen Daimler-Benz-Werken aus. Vgl. IG Metall Vorstand: *Die Ausländerwelle und die Gewerkschaften. Materialien und kritische Feststellungen*, Frankfurt am Main 1966 (Manuskript).

11 Zur extremen Bandgeschwindigkeit und prinzipiell niedrigeren Eingruppierung der türkischen Arbeiter bei gleicher Tätigkeit bei den Kölner Ford-Werken vgl. Mathias Fritzsche: *Die Geschichte der IG Metall in Köln 1945-1975*, Magisterarbeit, Universität zu Köln 2006, S. 44. Bei der Eingruppierung und Entlohnung wurden die «Gastarbeiter» in vielen Betrieben, auch bei Ford, trotz der von den Gewerkschaften geforderten arbeits- und tarifrechtlichen Gleichstellung diskriminiert. Zugleich wurde damit die berühmte These von *Karl Marx* und *Friedrich Engels* bestätigt: «*In demselben Maße, in dem die Widerwärtigkeit der Arbeit wächst, nimmt daher der Lohn ab.*» (*Karl Marx/Friedrich Engels: Das kommunistische Manifest*, in: *Marx-Engels-Werke* Bd. 4, S. 469).

12 Hermann Schäfer: *Betriebliche Ausländerdiskriminierung und gewerkschaftliche Antidiskriminierungspolitik*, Berlin 1985; Oliver Trede: *Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien in den 1960er und 70er Jahren*, Paderborn 2015.

13 Vgl. die Ausgrenzung und Ungleichbehandlung gewählter nicht-deutscher Betriebsräte. Besonders pikant ist der Fall *Mehmet Özbagcı*, der 1972 bei Ford «alleine» auf einer Liste kandidierte und auf Anhieb 5.700 Stimmen bekam (das sind 31 % der abgegebenen Stimmen) – und trotzdem nicht freigestellt wurde. Diese paternalistisch-diskriminierende Selbstherrlichkeit des Betriebsratsvorsitzenden *Ernst Lück* und seiner Betriebsratsmehrheit musste von türkischen Arbeitern «als Affront empfunden» werden. Vgl. Jörg Huwer: *Der Streik türkischer Fordarbeiter im Sommer 1973*, in: Jochen Ott/Thomas Deres/Wolfgang Uellenberg van Dawen (Hrsg.): *KölnRot. Sozialdemokratische Politik von 1945 bis heute*, Köln 2008, S. 209–240. Vgl. auch Bernd Jürgen Warnken: *Fraternité*, S. 220 f.

Verständnis. Dass nicht wenige migrantische Aktivist*innen Sympathien für sozialistische und kommunistische Strömungen hatten, machte sie in der Wahrnehmung vieler deutscher Betriebsräte – aber auch für die Medien – verdächtig.

Ein Grund hierfür ist im damals antikommunistischen gesellschaftlichen Klima zu suchen, welches nicht einmal vor den Gewerkschaften Halt machte.¹⁴ Möglicherweise waren es die Erfahrungen mit der Weimarer Republik und das Wissen über die Fragilität der (deutschen) Demokratie, die zu einem vorsichtigen Blick auf jeglichem Radikalismus führten. Auch der junge Radikalismus der «Außerparlamentarischen Opposition» (APO) und der aus ihr hervorgegangenen «linksradikalen» Gruppen mag auf manche Betriebsräte und Facharbeiter einen abschreckenden Eindruck gemacht haben.¹⁵

Zu den markantesten «spontanen» Streiks kam es bei Ford in Köln und bei Pierburg in Neuss. Ein Vergleich der beiden Streiks, die in der gleichen Region, zur gleichen Zeit und in derselben Branche der Metallindustrie stattfanden, ist hinsichtlich der Rolle und der Kraft der Solidarität sehr lehrreich.

Als im Sommer 1973 nach den Ferien ca. 300 türkischstämmige Arbeiter bei Ford in Köln entlassen wurden und weiteren 1.000 Arbeitern die Kündigung drohte, weil sie verspätet aus dem Urlaub zurückgekommen waren, war die Empörung so groß, dass es wenig später zu Arbeitsniederlegungen kam.

Nach wenigen Tagen zeigte sich jedoch, dass mit einer Solidarität der Mehrheit der Betriebsräte um den Vorsitzenden *Ernst Lück* und von großen Teilen der alteingesessenen Arbeiter nicht zu rechnen war. Im Gegenteil, angestachelt von der Werksleitung und der Springer-Presse, schlugen mit «Knüppeln

bewaffnete» Meister, Obermeister, leitende Angestellte, Polizisten und nationalistische Arbeiter den Streik nieder. Dabei gingen sie «rabiāt und brutal vor».¹⁶

Der Personalchef lobte sie im Nachgang der Ereignisse sogar für ihren «vorbildlichen körperlichen Einsatz», während die *BILD-Zeitung* «Deutsche Arbeiter kämpften ihre Fabrik frei» sekundierte.¹⁷ Am gleichen Tag berichtete die *Neue Rhein Zeitung* von «Pogromstimmung» unter den Streikgegnern und, dass zur «Lynchjustiz ... nicht mehr viel» gefehlt habe.¹⁸

Selbst nach einem zeitlichen Abstand von 50 Jahren empfinden die damals aktiv am Streik beteiligten Arbeiter und ihre Nachfahren eine bittere Enttäuschung über die verweigerte Solidarität der deutschen Belegschaft und über die «Kumpanei» von manchen Betriebsräten mit der Werksleitung und der Polizei.¹⁹

Die teils subtile, teils aggressive und sogar offen rassistische Kampagne der Medien²⁰ zur Kriminalisierung und Stigmatisierung der Streikenden und die brutale Zerschlagung des Streiks gehören zu den Schandflecken der neueren Sozialgeschichte Deutschlands.

Denn das Scheitern und die Niederschlagung des Ford-Streiks – schrieb kürzlich *Mascha Schlomm* von der Friedrich-Ebert-Stiftung – «sind Ausdruck für fehlende Solidarisierung und den Rassismus, der den angeworbenen Arbeitenden auf so vielen Ebenen entgegengebracht wurde.»²¹

Ganz anders verlief der Arbeitskampf der Frauen bei Pierburg in Neuss.

Dieser Streik war der Höhepunkt eines langen Kampfes für Lohngleichheit und Geschlechtergerechtigkeit. Und er gilt zu Recht als der erfolgreichste Streik

14 Vgl. Oliver Trede: *Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration*, S. 200 ff.

15 In der postfaschistischen Phase der Bundesrepublik wurde oft verschwiegen, dass die deutschen Männer in der Nazizeit extrem völkisch-nationalistisch, rassistisch und autoritär sozialisiert wurden. Dass viele dieser Männer alles, was sie als links und antiautoritär empfanden, als «kommunistisch» denunzierten und die sogenannten «Gastarbeiter» nicht als gleichwertige Menschen betrachteten, liegt auf der Hand.

16 Streik bei Ford Köln, hrsg. von der Betriebszelle Ford der Gruppe Arbeiterkampf, Köln Dezember 1973, S. 101.

17 Bild-Zeitung am 31.8.1973. Vgl. auch: Der Spiegel, Nr. 36, 2.9.1973.

18 Neue Rhein Zeitung v. 31.8.1973. Der erfolglose Streik hatte fatale Konsequenzen: Etwa 100 Arbeiter wurden fristlos entlassen, 600 haben auf Druck der Geschäftsführung selbst gekündigt; die «Streikführer» und Aktivisten wurden angeklagt, einige sogar abgeschoben. Vgl. Jörg Huwer: Der Streik türkischer Fordarbeiter, S. 244ff. und Bernd Jürgen Warneken: *Fraternité*, S. 210.

19 Zur Rolle des Ford-Betriebsrates und dessen Vorsitzenden Ernst Lück, vgl. Der Spiegel, Nr. 36, 2.9.1973; Walther Müller-Jentsch/Rainer Keßler: Spontane Streiks in der Bundesrepublik, in: Kritische Justiz, 6 Jg. 1973, 4, S. 361–384; Eckart Hildebrandt/Werner Olle: *Ihr Kampf ist unser Kampf, Teil 1: Ursachen, Verlauf und Perspektiven der Ausländerstreiks 1973 in der BRD*, Offenbach 1975, S. 45 und 54; Serhat Karakayali: «Sechs bis acht Kommunisten, getarnt in Monteursmänteln.» *Die wahre Geschichte des Fordstreiks in Köln 1973*, Manuskript, S. 5; Mathias Fritzsche: *Die Geschichte der IG Metall in Köln 1945-1975*, S. 48 f.; «Und dann haben sie aufgehört zu arbeiten», Deutschlandfunk, 17.11.2009 (Manuskript: Peter Kessen, S. 8 ff.); Bernd Jürgen Warneken: *Fraternité*, S. 210.

20 Vgl. den Kölner Express, der den Streik als «Türkenterror» titulierte. Vgl. die rassistische Karikatur im Handelsblatt vom 30.8.1973 mit zwei fanatisch aussehenden schnauzbärtigen, langnasigen Männer, die aus den Minaretten brüllen. Die Überschrift lautet: «Nix Ramadan. Wir remmidemmi!» Es gab auch viele weitere mediale Berichte und öffentliche Verlautbarungen, die an die Sprache des Nationalsozialismus erinnerten.

21 Vgl. den Artikel von Mascha Schlomm: *50 Jahre wilder Streik bei Ford 1973*, FES, 24.8.2023, unter: <https://www.fes.de/themenportal-geschichte-kultur-medien-netz/artikelseite/50-jahre-wilder-streik-bei-ford-1973>.

Nach dem Streik fiel die IG Metall Köln in eine tiefe Krise. Der Vorstand der IG Metall sah sich veranlasst, die Geschäftsführung der Verwaltungsstelle Köln abzusetzen und durch eine kommissarische Geschäftsführung zu ersetzen. *Günter Tolusch*, der zwischen Streikenden, Betriebsrat und Geschäftsführung zu vermitteln versuchte, sich dabei mit dem Ford-Betriebsrat auseinandersetzte und entlassenen Arbeitern Rechtsschutz gewährte, wurde von seiner Funktion als Erster Bevollmächtigter entbunden, mit der Begründung, dass er mit «extremen Linken» zusammengearbeitet habe. Vgl. den obigen Artikel von *Mascha Schlomm* sowie den Dokumentarfilm über den Ford-Streik «Diese spontane Arbeitsniederlegung war nicht geplant» (<https://de.labournet.tv/video/5793/diese-arbeitsniederlegung-war-nicht-geplant>) und das Interview mit *Günter Tolusch* unter: <https://youtu.be/eNzrPBLv9sQ?feature=shared>. Zugriff: 29.8.2023.

gegen frauendiskriminierende Eingruppierung und Entlohnung in der Geschichte der Bundesrepublik.²²

Auch beim Neusser Frauenstreik versuchten die Arbeitgeber und Medien die Streikenden zu kriminalisieren. Davon zeugen einseitige Berichte und rassistische Kommentare in der konservativen und wirtschaftsliberalen Presse, falsche Darstellungen durch das Arbeitgeberlager und der harte Polizeieinsatz gegen die streikenden Frauen.

Der wesentliche Unterschied zum Ford-Streik war jedoch, dass sich die angelernten Arbeiter quer durch alle Nationalitäten und sogar die deutschen Facharbeiter mit den streikenden Frauen solidarisierten. Damit blieben alle Einschüchterungsversuche des Arbeitgebers wirkungslos.

Bei Pierburg standen alle Betriebsräte und die gesamte IG Metall Neuss an der Seite der streikenden Frauen²³; sie beschuldigten den Arbeitgeber, allein für die Eskalation verantwortlich zu sein.

Ein anderer, sehr wesentlicher Faktor war, dass im betrieblichen Vertrauenskörper der IG Metall und im Betriebsrat migrantische Arbeiter*innen stark vertreten waren. Zudem wurden bei der letzten Betriebsratswahl im Jahr 1972 die meisten traditionell arbeitgebernahen Betriebsräte abgewählt, so dass sich die progressiven deutschen und migrantischen Betriebsräte bei den Freistellungen und der Besetzung von wichtigen Ausschüssen vollständig durchsetzen konnten. Darüber hinaus waren migrantische Arbeiter*innen im Betriebsrat, unter den Freigestellten und in der Vertrauenskörperleitung prominent vertreten.

Bei Ford hingegen waren von 53 Mitgliedern des Betriebsrates nur fünf ausländische Arbeiter, darunter zwei Türken – zwei türkische Betriebsräte für 12.000 Arbeiter aus der Türkei!²⁴

Das sagt alles über die mangelnde Anerkennung der migrantischen Arbeiter als gleichberechtigte und gleichwertige Kollegen bei den Kölner Ford-Werken Anfang der 1970er!

Aufgrund dieser nicht zu leugnenden Ausgrenzung und ethnischen Diskriminierung der migrantischen Arbeiter ist es völlig abwegig, den spontanen Streik bei den Kölner Ford-Werken als «desaströs» zu bezeichnen. Gewiss, der Ford-Streik endete mit einer Niederlage der Streikenden. Zweifellos waren die Verhaftung, Entlassung und Abschiebung der Streikaktivisten sehr bitter. Aber die Wirkungen des Streiks waren alles andere als «desaströs». Ein wirkliches Desaster waren nur die Verweigerung von Solidarität, die gewalttätige Zerschlagung des Streiks und die daraus resultierende Spaltung der deutschen und migrantischen Arbeiter.²⁵

Zurück zum Frauenstreik bei Pierburg: Die breite, genuine Solidarität mit den Pierburg-Frauen war Ausdruck der Anerkennung der migrantischen Frauen und Männer als gleichberechtigte und gleichwertige Kolleg*innen.

Deshalb wurde der Frauenstreik von *Hermann Spix* und *Gün Tank* literarisch verarbeitet.²⁶ Deshalb hat der Tübinger Kulturwissenschaftler *Bernd Jürgen Warneken* in seiner Publikation *Fraternité. Schöne Augenblicke in der europäischen Geschichte* von 2016 den unglaublich solidarischen und erfolgreichen Frauenstreik bei Pierburg in Neuss als eines von drei Beispielen aufgenommen – neben dem Revolutionsfest vom 14. Juli 1790 in Paris und der Gründung der Zweiten Sozialistischen Internationale am 20. Juli 1889, ebenfalls in Paris.

Und deshalb hatte der Streik eine breite identitätsstiftende Wirkung bei vielen Gewerkschafter*innen und bei internationalistischen Linken.

22 Dass die Frauen bei Pierburg mit ihrem Streik im August 1973 die Leichtlohngruppe 2 abschaffen konnten, ist «für das Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen, wo die IG Metall erst im Januar die noch niedrigere Lohngruppe 1 abschaffen konnte, ein absolutes Novum», hebt Bernd Jürgen Warneken in *Fraternité*, S. 217, lobend hervor.

23 Der Versuch des Arbeitgebers, die Betriebsräte *Peter Leipziger* (Vorsitzender), *Dieter Braeg* (stellvertretender Vorsitzender) sowie *Pedro Jimenez* und *Anestis Kelides* mit der Begründung zu kündigen, sie hätten den Streik mitorganisiert und maßgeblich gesteuert, ist vor dem Düsseldorfer Arbeitsgericht grandios gescheitert. Vgl. Dieter Braeg: *«Wilder Streik – das ist Revolution». Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973*, Berlin 2012.

24 Vgl. Streik bei Ford, Köln, in: Jahrbuch zum Klassenkampf. Reihe Betrieb und Gewerkschaft, Berlin 1972, S. 104. Über Verfahrenstricks, die zu diesem Missverhältnis führten, berichteten unter anderem: *Der Spiegel*, Nr. 37, 9.9.1973 sowie Deutschlandfunk, Sendung «Und dann haben sie aufgehört zu arbeiten», 17.11.2009. Zu den Ergebnissen der Betriebsratswahl bei Ford in Köln 1975, also nach dem «Desaster» im August 1973, vgl. Mathias Fritzsche: *Die Geschichte der IG Metall in Köln 1945-1975*, S. 57.

25 Bei der Betriebsratswahl 1975 wurde die Betriebsratsmehrheit um *Ernst Lück* abgewählt. «Statt zuvor 39 Betriebsratsmitglieder stellte die IG Metall nur noch 17 Betriebsratsmitglieder. 24 Betriebsratsmitglieder waren auf Listen, die gegen die offiziellen IG Metall-Listen kandidierten, auch wenn es sich zu einem großen Teil ebenfalls um IG Metall-Mitglieder handelte.» Danach begann ein durchaus progressiver Lern- und Modernisierungsprozess der IG Metall Köln, der förderlich war, die Krise aufzuarbeiten und zu überwinden. Drei Jahre später wurde der Türkei-stämmige Betriebsrat *Salih Güldiken* bei den Kölner Ford-Werken in den Aufsichtsrat gewählt. Damit war *Güldiken* der erste Arbeitsmigrant überhaupt, der in Deutschland als Arbeitnehmervertreter in einen Aufsichtsrat gewählt wurde. Zur Krise der IG Metall Köln nach dem Ford-Streik vgl. die Magisterarbeit von Mathias Fritzsche: *Die Geschichte der IG Metall in Köln 1945-1975*, S. 54ff. Es ist sehr bemerkenswert, dass die IG Metall Köln ihre große Krise sowie die politische Spaltung unter *Walter Malzkorn*, einem linken, friedensbewegten und antifaschistisch aktiven Bevollmächtigten (1976–1988), überwinden und sich konsolidieren konnte.

26 Der Düsseldorfer Autor *Hermann Spix* veröffentlichte 1975 den Roman *«Elephteria oder die Reise ins Paradies»* in der Reihe «Werkkreis Literatur der Arbeitswelt». Darin schildert *Spix* das erbärmliche Leben in den Baracken und die unerbittlichen Arbeitsbedingungen an den Fließbändern der Firma Pierburg in Neuss sowie den erfolgreichen Streik der Pierburg-Frauen. Damit hat *Spix* diesem erfolgreichen Frauenstreik ein literarisches Denkmal gesetzt. Die deutsch-türkische Aktivistin und Gewerkschafterin aus Berlin, *Gün Tank*, veröffentlichte 2022 ihren Debüt-Roman *«Die Optimistinnen. Roman unserer Mütter»* beim Fischer-Verlag. Sie zeichnet ein realistisches Bild der ersten «Gastarbeiterinnen», die eigenständig in die Bundesrepublik reisten und – ähnlich wie ihren migrantischen Kollegen – mutig und entschlossen für faire Löhne und humane Arbeitsbedingungen kämpften.

Diese Arbeiterinnen, die nur zeitlich befristete und räumlich beschränkte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse besaßen und damit ihre Verhaftung und Abschiebung riskierten, sind wahre Heldinnen der Frauen- und der Gewerkschaftsbewegung. Ihr Mut und ihre Entschlossenheit verdienen heute noch Respekt.

Den gleichen Respekt verdienen die Frauen und Männer bei Hella in Lippstadt und bei Ford in Köln. Denn die Migrant*innen bei Ford, Hella und Pierburg kämpften nicht nur für Partikularinteressen, auch nicht allein für höhere Löhne, sondern für menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Sie kämpften gegen die verweigerte Anerkennung und gegen die Verletzung der Menschenwürde im betrieblichen Alltag. Und sie klagten die Kernnormen der Demokratie ein, nämlich: Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für alle!

Diese langen Kämpfe der Migrant*innen – und auch die vielen gemeinsamen Kämpfe von deutschen und migrantischen Arbeiter*innen – waren Katalysatoren für die Humanisierung in der Arbeitswelt und sozialen Fortschritt. Und sie hatten viele positive Wirkungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland.

Dazu zählen insbesondere:

- Der Ausbau der Programme der Bundesregierung zur Humanisierung der Arbeitswelt und die Unterstützung der betrieblichen Umsetzung dieser Programme seitens der IG Metall.²⁷
- Die überproportionale Erhöhung der unteren Lohngruppen für angelernte Arbeiter*innen durch die Vorweganhebung der Löhne und die Festlegung eines neuen Lohnschlüssels sowie die generelle Abschaffung der «Leichtlohngruppen» in der deutschen Metall- und Elektroindustrie.
- Ein wichtiger Meilenstein der qualitativen Tarifpolitik war der Abschluss des Lohnrahmentarifvertrages II in Baden-Württemberg im Oktober 1973.²⁸ Dieser Tarifvertrag enthielt die Regelung von persönlichen Erhol- und Bedürfnispausen für Akkord- und Fließbandarbeiter*innen – auch «*Steinkühler-Pause*» genannt²⁹ – sowie Verdienstsicherung und Kündigungsschutz für ältere Beschäftigte.

- Schließlich führten die spontanen Streiks zu einer Intensivierung der gewerkschaftsinternen Diskussion um die Verlängerung des Tarifurlaubs und die generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die 1977 auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall – in Düsseldorf – als tarifpolitische Kernforderung beschlossen wurde.

Ein weiteres Ergebnis der spontanen Streiks war die entschiedener Positionierung der IG Metall gegen Ausgrenzung und Diskriminierung der Arbeitsmigrant*innen und eine Absage an ihre paternalistische Bevormundung. Die Initiativen hierzu kamen aus den Verwaltungsstellen, die seit Beginn der 1960er Jahre positive Basiserfahrungen in den Betrieben bei der Organisations- und Solidaritätsarbeit mit Arbeitsmigrant*innen gemacht hatten. Eine Pionierrolle übernahmen dabei die großen Verwaltungsstellen, allen voran die Verwaltungsstelle Stuttgart, in der rund 40.000 migrantische Kolleg*innen organisiert waren.

Als Reaktion auf die Politisierung der Arbeitsmigrant*innen wurden auf den Gewerkschaftskongressen der IG Metall 1974 in Hannover und 1977 in Düsseldorf Beschlüsse zur Gründung von «Arbeitskreisen für ausländische Arbeitnehmer» und die Bildung eines «Arbeitskreises für Ausländerpolitik» auf Bundesebene gefasst.³⁰

Tatsächlich wurden in den meisten Verwaltungsstellen zügig Arbeitskreise eingerichtet. Und der «Arbeitskreis für Ausländerpolitik» hielt seine erste Sitzung im Juni 1978 in Frankfurt ab.

Auf dem Gewerkschaftstag 1980 in Berlin wurde – neben einer deutlichen Verbesserung der aufenthalts- und arbeitserlaubnisrechtlichen Bestimmungen – das kommunale Wahlrecht für ausländische Bürger*innen gefordert und diese Forderung von den Delegierten so beschlossen.³¹

Diese inklusive Organisationsarbeit war äußerst erfolgreich. Hatte die IG Metall 1960 noch unter 12.000 ausländische Mitglieder, waren es 1975 bereits 330.000 Mitglieder. Die kontinuierliche Gewerkschaftsarbeit für und mit Migrant*innen hatte also unter anderem ein festes Fundament von mehreren

27 Vgl. Hans Matthöfer: *Humanisierung der Arbeit und Produktivität in der Industriegesellschaft*, Frankfurt a. M. 1978. Matthöfer betont, dass es «bei den äußerlich betont lohnorientierten Streiks der Fordarbeiter im Jahr 1973 (...) wesentlich auch um die Herabsetzung der Bandgeschwindigkeit (ging)» (S. 33).

28 Vorstand der IG Metall (Hrsg.): *Werktage werden besser. Der Kampf um den Lohnrahmentarifvertrag II in Nordwürttemberg/Nordbaden*, Frankfurt a. M. 1977. Vgl. auch Peter Birke: *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder*, Frankfurt a. M. 2007, S. 303.

29 Genannt nach *Franz Steinkühler*, der 1972 im Alter von 35 Jahren als Nachfolger von *Willi Bleicher* Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg wurde und den Lohnrahmentarifvertrag II als verantwortlicher Bezirksleiter für die IG Metall durchgesetzt hat.

30 Vgl. IG Metall Protokoll 11. Ordentlicher Gewerkschaftstag 15.–21. September 1974 in Hannover, S. 545–547; und IG Metall Protokoll 12. Ordentlicher Gewerkschaftstag 18.–24. September 1977 in Düsseldorf, S. 247–249.

31 Und zwar gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission und des Vorstandes. Vgl. IG Metall Protokoll 13. Ordentlicher Gewerkschaftstag, 21.–27. September 1980 in Berlin, S. 601–626.

10.000 Funktionär*innen mit Migrationshintergrund zum Ergebnis.³²

Damit wurden die Arbeitsmigrant*innen immer stärker als eine wichtige Zielgruppe wahrgenommen, deren spezifische Interessen es im Betrieb und im öffentlichen Leben zu vertreten galt.

1983, zehn Jahre nach den spontanen Streiks haben die Delegierten des 14. Gewerkschaftstags der IG Metall dann beschlossen, die migrantischen Mitglieder als Personengruppe gemäß der Satzung anzuerkennen. Dieser in den deutschen Gewerkschaften einzigartige Beschluss³³ gab den Migrant*innen die Möglichkeit, Ausschüsse zu gründen, Konferenzen abzuhalten sowie Maßnahmen für die gewerkschaftliche Migrationspolitik vorzuschlagen und Anträge an die beschlussfassenden Gremien zu stellen³⁴. Diese deutliche Ausweitung der demokratischen und politischen Teilhabe steigerte die Identifikation der migrantischen Mitglieder mit ihrer Gewerkschaft, die sie von nun an als ihre «politische Heimat» betrachteten.

Obwohl der Vorstand der IG Metall die Anerkennung der ausländischen Arbeitnehmer*innen als Personengruppe nicht wollte und die Satzungsberatungskommission den Delegierten empfahl, den Antrag abzulehnen, stimmten weit über zwei Drittel der Delegierten für die Satzungsänderung und versagten dem Vorstand und der Satzungsberatungskommission die «Gefolgschaft», was in der IG Metall selten vorkommt. Die große Mehrheit der Delegierten³⁵ war davon überzeugt, dass der Antrag nach Grundsätzen von Gerechtigkeit und Fairness gerechtfertigt, ja sogar dringend geboten ist. Einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung dieses Antrages leistete der Stuttgarter Bevollmächtigte *Ernst Eisenmann*, der direkt nach dem Gewerkschaftstag als Bezirksleiter in Baden-Württemberg berufen wurde.³⁶

Dieser Beschluss war ein Ausdruck der Solidarität der Delegierten und der Anerkennung der Arbeitsmigrant*innen als gleichberechtigte Kolleg*innen. Laut *Yilmaz Karahasan* war dabei entscheidend, dass die migrantischen Mitglieder als Kolleg*innen wahrgenommen wurden, die bei gewerkschaftlichen Kämpfen als «kampffreudige, kampfbereite und kampffähige» Gruppe eine herausragende Rolle spielen.³⁷

ZENTRALE GESELLSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNGEN UND ENTTÄUSCHTE HOFFNUNGEN

Die faktische Einwanderung und das durch soziale Kämpfe geschärfte politische Bewusstsein der gewerkschaftlich organisierten Migrant*innen führten zu steigenden Partizipationswünschen: Das kommunale Wahlrecht, die Erleichterung der Einbürgerung und die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit wurden zu zentralen Forderungen und politischen Kampagnen von Migrantenselbstorganisationen – und der Gewerkschaften.³⁸

Trotz Erfolge bei der gewerkschaftlichen und politischen Organisation könnte man die 1980er, 90er und 2000er Jahre als die schwierigsten und schmerzhaftesten Jahre für die Migrantenfamilien bezeichnen. In dieser Zeit wurde Rassismus zur Normalität und zum politischen Instrument.³⁹

Die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock, die Brandanschläge von Mölln und Solingen, die NSU-Mordserie und die Mordanschläge in Halle und Hanau haben das Vertrauen in manchen migrantischen Communities, insbesondere unter Türkei-stämmigen Migrant*innen, in die staatlichen Institutionen zutiefst erschüttert.

In dieser Zeit standen – nicht zuletzt wegen dramatisch steigender Arbeitslosigkeit, De-Industrialisierung, Deregulierung und Tariffucht – nicht nur die

32 Nihat Öztürk: Partizipation von Migranten und Einwanderern in Betrieben und den Gewerkschaften – dargestellt am Beispiel der Industriegewerkschaft Metall, in: Andreas Treichler (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaat, Einwanderung und ethnische Minderheiten*, Opladen 2002, S. 295–309.

33 Auf Antrag des Gewerkschaftsrats hat der verdi-Bundeskongress 2007 beschlossen, eine Personengruppe für Migrant*innen bis zum Jahr 2011 einzurichten. Aktuell gibt es neben dem Bundesmigrationsausschuss in zehn von 61 verdi-Bezirken Migrationsausschüsse. Vgl. hierzu Yvonne Albrecht/Serhat Karakayali: Migrantische Repräsentation und Partizipation in den Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), in: Hella von Unger/Helen Baykara-Krumme/Serhat Karakayali/Karen Schönwälder (Hrsg.): *Organisationaler Wandel durch Migration? Zur Diversität der Zivilgesellschaft*, Bielefeld 2022, S. 154 f.

34 Peter Kühne: Gewerkschaftliche Organisationsarbeit mit ausländischen Arbeitnehmern, in: Peter Kühne/Nihat Öztürk/Hildegard Ziegler-Schultes (Hrsg.): *Wir sind nicht nur zum Arbeiten hier...*, S. 129–151. Der Beirat der IG Metall verabschiedete in seiner Sitzung am 18. Juni 2002 eine neue Richtlinie für Personen- und Zielgruppenarbeit. Diese Richtlinie sah vor, dass die Bundesmigrationskonferenzen zukünftig nicht mehr als Antragskonferenzen durchgeführt werden.

35 Ca. 80 Prozent der insgesamt 551 Delegierten haben für die Annahme des Antrages gestimmt. Das ist bemerkenswert, da nur etwas mehr drei Prozent der Delegierten einen Migrationshintergrund hatten.

36 Als Nachfolger von Franz Steinkühler, der auf dem gleichen Gewerkschaftstag zum Zweiten Vorsitzenden der IG Metall gewählt wurde.

37 Yilmaz Karahasan: Erfahrungen aus den Tarifbewegungen 1984 und 1987, in: Peter Kühne/Nihat Öztürk/Hildegard Ziegler-Schultes (Hrsg.): *Wir sind nicht nur zum Arbeiten hier...*, S. 152–159.

38 Vgl. hierzu Ümit Köseoglu: «Wahlrecht ist Menschenrecht», in: Peter Kühne/Nihat Öztürk/Hildegard Ziegler-Schultes (Hrsg.): *Wir sind nicht nur zum Arbeiten hier...*, S. 29–34; Anne Lisa Carstensen/Sabine Hess/Lisa Riedner/Helen Schwenken: Solidarität – Kooperation – Konflikt. Migrantische Organisationen und Gewerkschaften in den 1970/80er Jahren, Hamburg 2022.

39 An dieser Stelle möchte ich auch an die Kampagne der Bundesregierung unter Helmut Kohl 1983/84 zur «Halbierung der Ausländerzahlen» («Hau ab-Prämie») und an die rechts-populistische «Doppelpass-Kampagne» von Roland Koch (CDU) im Jahr 1999 erinnern.

vielen harten, gemeinsamen Kämpfe für faire Entlohnung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für Beschäftigungssicherung auf der Agenda, sondern auch ein zäher, schwieriger Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt.

Das autoritäre und in Teilen offen rassistische geistige Klima hat leider auch vor den Betrieben und unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer*innen keinen Halt gemacht. Dies zeigen auch die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen sowie diverse Studien zur Verbreitung von Rechtsextremismus und Rassismus.⁴⁰

Die verunsicherten progressiven Kräfte und die Gewerkschaften wirkten wie gelähmt.

In dieser Zeit verzeichneten wir manch wirre Position und seltsame These in den Reihen der Gewerkschaften, die in eklatantem Widerspruch zur eigenen Beschlusslage standen.⁴¹

Das war selbst für *Heribert Prantl*, einen besonnenen und den Gewerkschaften wohlgesonnenen Journalisten, zu viel. Er warf einigen führenden Gewerkschaftern vor, «in Fragen der Ausländerpolitik geradezu CSU-nahe Töne» anzuschlagen.⁴² Wenig später behauptete *Jürgen Gottschlich* – etwas zu pauschal –, dass maßgebliche Kräfte in den Gewerkschaften in der Auseinandersetzung um eine tolerante, welt-offene Gesellschaft sogar die Seiten gewechselt hätten.⁴³

SCHLUSSBEMERKUNGEN UND AUSBLICK

Heute, 50 Jahre nach den spontanen Streiks und dem Anwerbestopp, können wir viele Erfolge einer sozialen «Inklusion» feststellen.

Diese gelungene «Inklusion» erfolgte jedoch nicht wegen der regierungsamtlichen Politik, sondern trotz dieser Politik und aus eigener Kraft der migrantischen Bevölkerung – und sie ist ein Erfolg derer, die sich in Gewerkschaften und Zivilgesellschaft an die Seite der Migrant*innen stellten.

Indikatoren dieser Erfolgsgeschichte sind die ganz objektiven Zahlen und Fakten.⁴⁴

Heute leben gut 23 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen besitzt schon die deutsche Staatsangehörigkeit und kann sich bei Wahlen per Stimme gegen Diskriminierung wehren und politisch mitbestimmen.

In Umkehrschluss heißt das aber, dass in Deutschland gut zehn Millionen Menschen von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen sind. Mich regt es auf, dass sich niemand über diesen skandalösen Zustand aufregt!⁴⁵

In den meisten systemrelevanten Industrien und Dienstleistungen sind die Migrant*innen nicht substituierbar. Und: Jedes fünfte Start-up-Unternehmen in Deutschland wird von Migrant*innen gegründet. Heute ist auch die IG Metall mächtig stolz darauf, dass von den gut 2,2 Millionen Mitgliedern über 500.000 einen Migrationshintergrund haben. Darunter befinden sich zehntausende migrantische Vertrauensleute, Jugendvertreter*innen und Betriebsrät*innen sowie Betriebsratsvorsitzende oder Aufsichtsratsmitglieder in großen Konzernen wie beispielsweise Volkswagen, Mercedes Benz, MAN, ThyssenKrupp oder Salzgitter, die einen wichtigen Beitrag für eine faire Arbeitswelt leisten.⁴⁶

Ohne Übertreibung kann gesagt werden, dass die Inklusion der migrantischen Arbeitnehmer*innen zu den größten organisationspolitischen Erfolgen der IG Metall nach der Gründung der Bundesrepublik zählt. Die gewerkschaftlich organisierten Migrant*innen haben den «großen Tanker IG Metall» weiterentwickelt und geprägt.⁴⁷

Nach den spontanen Streiks und dem Anwerbestopp stand die inklusive und partizipatorische Politik der IG Metall oft konträr zur einer repressiven staatlichen «Ausländerpolitik», die jahrzehntelang auf strukturelle und institutionelle Diskriminierung und Ausgrenzung setzte.⁴⁸

Die Verweigerung der Anerkennung der Migrant*innen als Freie und Gleiche und der Ausschluss von

40 Vgl. insbesondere Oliver Oliver/Elmar Brähler (Hrsg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, Gießen 2018.

41 Zur Beschreibung und Kritik der Migrationspolitik der Gewerkschaften in den 1990er Jahren vgl. Nihat Öztürk: Migrantendiskriminierung und Gewerkschaften – und hier den Abschnitt «Gewerkschaften als Stimme der Migranten: Gute Beschlußlage – schlechte Noten für die Praxis», in: Gazi Caglar/Peyman Jahaver-Haghighi (Hrsg.): *Rassismus und Diskriminierung im Betrieb. Interkulturelle Verantwortung der Gewerkschaften*, Hamburg 1998, S. 78–98.

42 Süddeutsche Zeitung v. 21.4.1997.

43 Vgl. die Tageszeitung v. 12.5.1997.

44 Zu den Zahlen vgl. Mediendienst Integration, Newsletter vom 14. April 2022.

45 Vgl. Nihat Öztürk: «No taxation without representation». Der migrantische Kampf um Anerkennung und demokratische Teilhabe, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 17.8.2023, unter: www.rosalux.de/news/id/50903/no-taxation-without-representation.

46 Vgl. hierzu Serhat Karakayali u. a.: Mitglieder mit Migrationshintergrund in der IG Metall, Berlin 2017. Die Ergebnisse der neuen Befragung durch das Berliner Institut für Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt Universität zu Berlin von 2022/23 liegen bereits vor; die Veröffentlichung der Studie ist in Vorbereitung.

47 Vgl. Christiane Benner: Vorwort, in: Nihat Öztürk (Hrsg.): *Etappen, Konflikte und Anerkennungskämpfe der Migration*, Berlin 2022, S. 9; siehe auch die Buchbesprechung von Florian Weis: «Das Ziel erreicht – aber erst mit Streik». Etappen, Konflikte und Anerkennungskämpfe der Migration, in: *Sozialismus*, Heft 1-2023, S. 57–59, vgl. <https://nrw.rosalux.de/publikation/id/49777/etappen-konflikte-und-erkennungskampfe-der-migration>.

48 Das wurde bereits vom ehemaligen NRW-Ministerpräsidenten und ersten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Heinz Kühn erkannt und in seinem Memorandum vom 1977 kritisiert.

politischer Teilhabe – das war eine staatlich «organisierte» Verletzung der Menschenwürde. Schlimmer noch, diese Politik hat rassistische und rechts-identitäre Bewegungen erst salonfähig gemacht.

Heute wissen wir, dass es gerade in ethnisch, kulturell und religiös ausdifferenzierten Einwanderungsgesellschaften für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben und Zusammenarbeiten besonderer Voraussetzungen bedarf: Die «Aussöhnung von Differenzen jeglicher Art»⁴⁹ durch gleiche Rechte und wechselseitige «wertschätzende Toleranz».⁵⁰

Das findet ihre Entsprechung auch in dem einheitsgewerkschaftlichen Prinzip von «Vielfalt in der Einheit» oder «Anderssein und dennoch Zusammensein».⁵¹ Denn die Inklusion von Migrant*innen hat die nach politischer Weltanschauung und nach Branchenzugehörigkeit definierte Einheitsgewerkschaft um eine dritte Dimension erweitert, nämlich die Dimension einer ethnisch und kulturell vielfältigen Einheitsgewerkschaft.

Die demokratische und solidarische Gestaltung der (post-)migrantischen Gesellschaft bleibt eine Herausforderung, zumal wir mit einer wachsenden Prekarisierung und rassistischen Fragmentierung von Arbeits- und Lebenswelten konfrontiert sind.

Auch die Einwanderung in diejenigen Segmente des Arbeitsmarktes mit geringer Entlohnung, schlechten Arbeitsbedingungen sowie geringem Status- und Prestigewert wird zunehmen. Damit bleiben migrantische und gemeinsam geführte soziale Kämpfe um faire Entlohnung, gleiche soziale Rechte, Würde und Anerkennung auch in der Zukunft notwendig – gerade wegen der mehrfachen Prekarisierung und «Diversität der Ausbeutung».⁵²

Konservative und wirtschaftsliberale Kräfte in Politik und Publizistik werden versuchen, spontane Streiks und Aktionen als «illegale, wilde Streiks» zu kriminalisieren. Und sie werden nicht davor zurückschrecken, Streikende mit arbeits-, straf- und ausländerrechtlichen Konsequenzen, bis hin zur Abschiebung, einzuschüchtern. Solche Drohungen und Repressionen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass spontane Streiks legitime Notwehrmaßnahmen sind – gerade in Zeiten von Prekarisierung und Rassifizierung. Sie sind sogar sozialetisch geboten,

wenn sie in Betrieben stattfinden, in denen Tarifverträge, gewerkschaftliche Vertretung, Mitbestimmung und demokratische Teilhabe fehlen.

Insoweit können spontane Streiks und gemeinsame soziale Kämpfe einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie und der solidarischen Potentiale der Gesellschaft leisten.

Und dies ist auch die beste Antwort auf den rechts-populistischen Nationalismus und Rassismus.

Nihat Öztürk kam 1973 als Gießereiarbeiter in die Bundesrepublik Deutschland, ehe er, von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert, ab 1978 studierte und schließlich drei Jahrzehnte lang für die IG Metall arbeitete, die meiste Zeit als Geschäftsführer in Düsseldorf-Neuss.

IMPRESSUM

Diese Online-Publikation wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegeben.
V. i. S. d. P.: Bernd Hüttner
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin ·
www.rosalux.de
Redaktionsschluss: 28. September 2023.

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfpurposes verwendet werden.

49 Vgl. Theodor W. Adorno: *Minima Moralia*. Zweiter Teil (1945), in: Rolf Tiedemann (Hrsg.): *Theodor W. Adorno. Eine Auswahl*, Frankfurt am Main 1971, S. 14–100.

50 Vgl. Rainer Forst: *Toleranz in Konflikt. Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs*, Frankfurt am Main 2003.

51 Das erkannte der Soziologe *Friedrich Heckmann* bereits vor Jahrzehnten. Vgl. Friedrich Heckmann: *Einwanderung als Prozess. Ein Beitrag zur soziologischen Analyse der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminoritäten und zur Entwicklung eines Konzepts ihrer kultureltonomen Integration*, in: Jochen Blaschke/Kurt Greussing (Hrsg.): *«Dritte Welt» in Europa. Probleme der Arbeitsmigration*, Frankfurt am Main 1980, S. 95–125.

52 In der postmigrantischen Gesellschaft sind wir nicht nur mit einer durchaus positiven Vielfalt der Kulturen konfrontiert, sondern auch mit der Vielfalt der Ausbeutung. Vgl. dazu Eleonora Roldan Mendivil/Bafta Sarbo (Hrsg.): *Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus*, Berlin 2022; sowie Peter Birke: *Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland*, Wien 2022.